

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlass; die 3 gespalt. Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 216

Sonnabend den 13. September 1924.

48. Jahrgang

Dawesplan und Goldwährung.

Zweieinhalb Milliarden Goldmark haben wir jährlich von 1923 ab, wenn der Dawesplan in voller Wirkung sein wird, an die Entente zu zahlen. Diese Anleihe von 800 Millionen Goldmark hat mit diesen Zahlungen nichts zu tun, sie gilt nur zur Stützung Deutschlands während der Uebergangszeit. Ihre Sicherheit wird durch die späteren Jahreszahlungen nicht berührt, sie gilt nach dem Urteil aller internationalen Sachverständigen als einwandfrei und dürfte auch bei der hohen Verzinsung von 8 Prozent gut, wenn nicht überzeichnet werden. Wegen der Höhe der laufenden Zahlungen sind von Volkswirtschaftlern und Finanzleuten schon früher Bedenken geäußert worden, da die Ausbringung der Gelder von der Zunahme des deutschen Weltverkehrs abhängig ist. Ob dieser in einem solchen Umfange gesteigert werden kann, läßt sich natürlich nicht mit Bestimmtheit sagen, und diese Leistungen auf neue Steuern zu basieren, ist wohl bei den Lasten, die heute schon auf unserem Volke ruhen, unmöglich. Die Lebenshaltung würde in einer Weise heruntergedrückt werden, die Millionen die Freude am Leben und an der Arbeit raubte. Bei diesen Verhältnissen wird aber, so hat der schwedische Finanzgelehrte Professor Cassel betont, Deutschland die Verantwortung für die Zahlungen nicht zufallen, da bekanntlich eine Kontrolle unserer Finanzen stattfindet soll.

Diese Ungewißheit braucht aber nicht zu pessimistischen Annahmen verleiten, denn Reichsbankpräsident Dr. Schacht hält an der Möglichkeit des Ueberganges zur Goldwährung fest. Daß auch hier Schwierigkeiten obwalten, darf nicht verkannt werden, aber wir dürfen einer so bewährten Autorität, wie Dr. Schacht es ist, Vertrauen schenken. Für den Uebergang zur Goldwährung ist es von Bedeutung, daß die militärische Räumung des Ruhrgebietes so bald wie möglich vor sich geht. Ein vollkommen freier Industriebezirk ist für die wirtschaftliche Erholung und den Kredit Deutschlands von der allergrößten Bedeutung.

Unser Kredit, der macht. Früher sagte ein bekanntes laufmännisches Wort, die erste Million zu erwerben, macht saure Arbeit; aber nachher geht alles von selbst, denn man hat Kredit. Dies Wort können wir auf Deutschland in Anwendung bringen, indem wir sagen, haben wir die Goldwährung so wird der Kredit folgen. Daß uns übergroßes Wohlwollen im Auslande entgegengebracht wird, können wir auch heute noch nicht sagen, denn in der Gegenwart regiert nur der Profit. Das frühere Zusammenarbeiten hatte noch einen gewissen gemüthlichen Charakter, der ist durch den Weltkrieg geschwunden und wird wohl kaum wieder kommen. Also rechnen wir: Goldwährung, Kredit, wachsender Weltverkehr. So wird es gehen!

Amerikas Umfall in Versailles.

Neue Enthüllungen aus den Geheimnissen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ fahren in ihren Enthüllungen über die Versailler Friedensverhandlungen fort. Sie behandeln das Thema: Amerika und die Reparationen. In der neuen Veröffentlichung wird folgendes festgestellt: In den 14 Punkten Wilsons war gefordert, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden müsse. Dazu gaben die verbündeten Regierungen folgende Erklärung: Die besetzten Gebiete, also nicht nur Belgien, müssen nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bestimmung kein Zweifel bestehen darf. Sie versprechen darunter, daß Deutschland für alle durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden Ersatz leisten soll.

Indem Präsident Wilson diese Auslegung gab und an Deutschland übermittelte und Deutschland sie ebenfalls annahm, kam eine Vereinbarung über den wesentlichen Inhalt des künftigen Friedensvertrages zustande, die nach dem vorausgegangenen Notenwechsel für alle Teile als bindend angesehen werden mußte und auf Grund deren Deutschland die Waffen niederlegte.

Die Zusage an Deutschland wurde aber nicht gehalten, und das Friedensdiktat von Versailles wich in einer Reihe von wichtigen Punkten von dieser Grundlage ab.

Von Anfang an vertraten vor allem die Franzosen den Standpunkt, daß Deutschland, da es durch seine Angriffe auf die Verbündeten ein Verbrechen begangen habe, für alle daraus hervorgehenden Folgen haftbar sei. Der amerikanische Vertreter Dullen erhob aus New York entschiedenen Widerspruch gegen diesen Vorschlag und berief sich darauf, daß ein Abkommen über die Friedensgrundlagen mit Deutschland geschlossen sei. Daran könne man nicht vorübergehen, da vorher nur die

Bedingung gestellt worden sei, daß Deutschland Entschädigungen für die besetzten Gebiete gewähren solle, so könne man darüber jetzt nicht hinausgehen. Nach seiner Ansicht könne Deutschland nur haftbar gemacht werden für solche Akte, die eine klare Verletzung des Völkerrechts darstellen.

Aus dem weiteren Inhalt der Veröffentlichungen geht dann hervor, daß Dullen gegenüber den Einwendungen der Gegner weiter scharf den amerikanischen Standpunkt vertrat, Dullen bestritt mit guten Gründen auch England das Recht, seine Kriegskosten unter die Rubrik der Entschädigungen zu bringen.

Amerika hat dann aber seinen richtigen Standpunkt preisgegeben. In welcher Weise die Amerikaner während Wilsons Krankheit zum Nachgeben gebracht wurden, bedarf noch näherer Aufklärung, da diese Vorgänge in Wilsons Memoiren nur leicht gestreift werden.

Morgan in Paris.

Die Verteilung der deutschen Anleihe.

Der Leiter der New Yorker Morganbank, J. P. Morgan, und sein Partner Thomas Lamont haben nach ihrer Ankunft in Paris die Verhandlungen mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, den Vertretern des Finanzministeriums und den Leitern der Großbanken ausgenommen.

Das erste Ergebnis war die bereits gemeldete Verlängerung des amerikanischen Frankenkreditkredits. Die Gegenleistung für diese Kreditverlängerung ist die Beteiligung Frankreichs an der deutschen 800-Millionen-Anleihe, die von den amerikanischen Bankiers aus „Stimmungsgründen“ gefordert wurde. Der „Matin“ teilt mit, daß die Verhandlungen Morgans über die Auflegung der deutschen Anleihe gute Fortschritte machen, und daß er mit den französischen Finanzvertretern bereits einig geworden ist.

Die deutsche Anleihe wird für die Unterbringung auf den verschiedenen Märkten in feste Posten geteilt. In New York gelangen 400 Millionen Goldmark zur Zeichnung, in London 200 Millionen, und die restlichen 200 Millionen — von denen die französischen Banken 10 Mill. Dollar fest übernehmen — auf dem europäischen Kontinent. Es soll verhindert werden, daß diese regionalen Anleiheposten auf anderen Märkten als dem Ausgabort angeboten werden. Die in Frankreich gezeichneten Stücke werden durch Agenten an der Börse käuflich sein, nicht aber an Bankaltern.

Zur Frage der Regierungsumbildung.

Die „Bedingungen“ der Volkspartei.

Berlin, 12. September. Die „Zeit“, das Reichsorgan der Deutschen Volkspartei, befaßt sich heute mit der Möglichkeit des Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung. Mit bewusster Absicht stellt das Blatt der Haltung der deutschnationalen Ja-Sager und den angeblichen Regierungsbeteiligungswünschen der Deutschnationalen Volksparteileitung die Kundgebungen großer deutschnationaler Organisationen gegenüber zur Fortsetzung des Kampfes gegen das Dawes-Urteil. Daran knüpft die „Zeit“ folgende Bemerkungen: „Es ist selbstverständlich, daß man nur mit einer Partei und einer Fraktion verhandeln kann, die einheitlich auftritt. Die Deutschnationalen haben seit der Abstimmung eine solche Einheit vermissen lassen. An die Stelle dieser inneren Gegensätze muß eine geschlossene Auffassung treten, wenn die Deutschnationalen die nötige Eignung für die Teilnahme an der Regierung gewinnen wollen. Und diese Geschlossenheit muß sich selbstverständlich nach der Richtung entwickeln, die die deutschnationalen Ja-Stimmen im Reichstage gewiesen haben (!). Der Abgeordnete Hertz hat als Beauftragter dieses Teiles seiner Fraktion über den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung verhandelt. Es versteht sich also von selbst, daß die Deutschnationalen bei dieser Ja-Parole bleiben und sich ihr ganz zuwenden müssen, wenn ihre Ansprüche auf Beteiligung an der Regierung Begünstigung finden sollen. Es ist ja kein anderer Weg denkbar, als daß die Deutschnationalen mit ihrem etwaigen Eintritt in die Regierung die Ausführung des Urteils als Grundlage der künftigen Regierungspolitik anerkennen.“

Die Deutschnationale Volkspartei ist wohl imstande, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu ordnen und muß sich deshalb jede Einmischung energisch verbitten. Jedemfalls hat die Volkspartei, wenn es ihr mit dem Gedanken einer bürgerlichen Regierungskoalition ernst sein sollte, dieses Ziel durch ihre heutige Veröffentlichung keineswegs gefährdet. Wir halten es für gänzlich ausgeschlossen, daß die Volkspartei am 30. Sep-

tember eine solche Parteileitung finden wird, die auch nur im entferntesten bereit sein wird, unter ein entwürdigendes Joch zu stehen, wie es die heutigen „Bedingungen“ bezeichnen.

Zur Kriegsschuldfrage.

Der Regierungsstandpunkt.

Berlin, 12. September. Angesichts der Presseausinandersetzungen über die Frage der Kriegsschuldverklärung und des Eintritts in den Völkerbund hält man es von zuständiger Seite für nötig, die „partypolitischen Erwägungen“ über diese beiden Fragen für „zum allergrößten Teile abwegig“ zu bezeichnen. Wie die „Pomm. Tagespost“ erfährt, legt man besonderen Wert auf die Betonung, daß innerhalb der Reichsregierung über diese Frage keine verschiedene Meinung besteht. Was die Frage der Kriegsschuldverklärung betreffe, so betont man offiziös, daß diese gar nicht ihren Ausgangspunkt in den Tagen der parlamentarischen Krise habe, sondern zurückreiche bis in die Zeit, bevor überhaupt eine Einladung an Deutschland zur Londoner Konferenz ergangen war (?). Die Frage sei vielmehr durch die einzelnen Länderregierungen seinerzeit im Reichstag angeschnitten worden und es sei dann einstimmig beschlossen worden, die Reichsregierung zu beauftragen, die Frage der Kriegsschuld in Verbindung mit den Londoner Verhandlungen offiziell anzuschneiden. Auch die Absicht des Reichskanzlers, gelegentlich der Aussprache in London die Kriegsschuldverklärung anzuschneiden, habe sich nicht durchführen lassen, weil keine Möglichkeit gegeben gewesen sei, sich vorher dieserhalb mit dem Konferenzvorsitzenden ins Einvernehmen zu setzen (?). Diese Kriegsschuldverklärung für London habe bereits im Wortlaut vorgelegen, ohne daß die Deutschnationalen an Zustandekommen dieses Beschlusses Anteil gehabt hätten. Es sei dann beschlossen worden, gelegentlich der Parla-mentsverhandlungen auch die Kriegsschuldverklärung im Memento offiziell zu verlesen. Daß diese Erklärung nicht zur Verlesung gekommen sei, sei den Störungen der Kommunisten zuzuschreiben (?), die die Verlesung der Erklärung wahrscheinlich (!) unmöglich gemacht hätten. Auch an diesem Beschluß der Reichsregierung hätten die Deutschnationalen keinen Anteil, wenn sich auch ihre Forderungen auf diesem Gebiet mit der Reichsregierung getroffen hätten. Die Verhandlungen seien im einmütigen Einverständnis des Kabinetts und im Auftrage des Reichskanzlers erfolgt. Was die weitere Behandlung der Kriegsschuldfrage betreffe, so sei man der Auffassung, daß, nachdem die Erklärung angekündigt worden sei, auch die Notifizierung unter allen Umständen erfolgen müsse und daß die Reichsregierung, sollte sie zu einer anderen Auffassung kommen, daraus die Konsequenzen ziehen müsse.

Zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wird offiziös ungefähr folgendermaßen argumentiert: Die Reichsregierung sei der Auffassung, daß

Deutschland nicht in den Völkerbund eintreten könne, solange die Kriegsschuldfrage nicht geklärt sei. Wenn in Genf wiederholt von dem leeren Stuhle Deutschlands gesprochen worden sei, so werde nur bewiesen, daß Deutschlands Politik in dieser Frage richtig war. Es stehe auch ferner außer Zweifel, daß bisher noch durchaus nicht geklärt sei, ob Deutschland auch die Stellung einnehmen werde, die ihm als Großmacht zukomme. Wenn die Sitzung des Völkerbundes der Auffassung war, daß für den Eintritt bestimmte Formen vorgeschrieben seien, so müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Satzungen gefaßt wurden unter dem Gesichtspunkt des Anschlusses Deutschlands. Wenn sich nun die Auffassung über Deutschland geändert hätte und man auf die Mitarbeit Deutschlands Wert lege, dann bedeute eine Satzungsänderung die geringste Schwierigkeit. Bisher sei kein diplomatischer Schritt erfolgt, der einer Aufforderung an Deutschland zum Eintritt gleichkomme. Für Deutschland aber habe keine Veranlassung vorgelegen, von sich aus, solange man auch auf anderer Seite so auffällig schweige, diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Dr. Boelitz über die Schulreform.

Die Typen der höheren Schule.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages äußerte sich Minister Dr. Boelitz in längeren Ausführungen über die Frage der Reform des höheren Schulwesens. U. a. führte er aus:

Die anerkannten Grundsätze der Reform des höheren Schulwesens, denen das Staatsministerium beigetreten ist, sind folgende:

1. Auch die höhere Schule bleibt Veranstaltung des Staates.
2. Die Dauer der höheren Schule bleibt neun Jahre.
3. Die Aufgabe der Schule besteht in der Erziehung zu humaner Bildung, nicht in Berufsvorbereitung.

Das soll vor allem erzielt werden durch Herabsetzung der Stundenzahl und durch Auswahl der Bildungststoffe sowie Verteilung bestimmter Bildungststoffe auf einzelne Schularten. Man nenne das Typisierung. Aber diese Typisierung bestand bereits seit 1901. Jetzt galt es nur, eine klare Herausarbeitung des eigentlichen Bildungsinhalts, des Charakters der einzelnen Schule, und so entstehen vor uns die Typen des Gymnasiums, des Real- und Reformgymnasiums, der Oberrealschule und der Deutschen Oberschule, die sich nicht starr voneinander abheben, denen zwar nicht einfacher, sondern doppelter Unterbau gegeben werden soll.

Wichtig ist vor allem bei der Reform, daß auch die Arbeit in der Schule umgestaltet werden soll im Sinne innerer Konzentration, in veränderter Darbietung des Bildungsgutes durch den Arbeitsunterricht und durch ein anderes Verhältnis vom Schüler zum Lehrer. Der Schüler soll vor allem im Lehrer den Führer, den Erzieher sehen. Notwendig wird es sein, eine strengere Auswahl bei der Aufnahme der Schüler, eine strengere Siebung bei den Beförderungen vorzunehmen.

Die Unterrichtsverwaltung ist gern bereit, in einzelnen Punkten die Stundentafeln zu berichtigen. So wird es sich ermöglichen lassen, der Mathematik auf der Oberstufe auf dem Gymnasium und Realgymnasium eine größere Stundenzahl zuzuwenden; der Beginn der neueren Sprachen im Gymnasium wird wieder in die Quarta hintergezogen, im Realgymnasium der lateinische Unterricht wieder bis Oberprima durchzuführen werden können.

Deutsches Reich.

Malkan dementiert. Halbamtlich wird gemeldet: Nach dem diplomatischen Korrespondenten des Londoner „Daily Telegraph“ soll der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Fritz von Malkan, erklärt haben, daß alle deutschen Gesandten im Ausland die angekündigte Notifizierung der Kriegsschuldnote als unratsam bezeichnet hätten und daß die Reichsregierung mit ihrem Widerruf der Kriegsschuldnote erst hervortreten könnte, wenn die Annahme des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund von Frankreich mit der Aufforderung zu bedingungsloser Annahme des Vertrages beantwortet wäre. Wie wir erfahren, ist diese Behauptung ebenso frei erfunden, wie die zahlreichen übrigen in der letzten Zeit dem Staatssekretär in den Mund gelegten Äußerungen zur Kriegsschuldfrage.

Die deutsch-belgischen Handelsvertrags-Verhandlungen nahmen in diesen Tagen in Berlin ihren Anfang. Die belgische Delegation steht unter der Führung des Direktors der wirtschaftlichen Abteilung im Ministerium des Auswärtigen, Ferdinand von Langenhove. Wie man in unterrichteten Kreisen hört, gehen die Vollmachten der belgischen Delegation dahin, die Behandlung der meistbeängstigsten Nation zu gewähren, wenn Deutschland seinerseits auf die Schutzölle verzichtet, mit denen die belgischen Einfuhrprodukte vom 10. Januar kommenden Jahres belegt werden. Zur Sprache werden außerdem die Fragen des Verkehrs deutscher Waren über den Antwerpener Hafen und die Einfuhr gewisser Produkte, wie z. B. Wein und Metallgegenstände, nach Deutschland kommen.

Der endgültige Rücktritt des deutschen Botschafters Dr. Wiedfeldt wird für den nächsten Monat angekündigt. Dr. Wiedfeldt beabsichtigt, seinen leitenden Posten bei Krupp in Essen, der ihm während seiner Botschaftszeit ausbrüchlich freigegeben wurde, baldigt wieder anzutreten. Wer in Washington sein Nachfolger werden wird, steht noch nicht fest. Neuerdings wird Graf Brockdorff-Rantzau, derzeitiger Botschafter in Petersburg, genannt. Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno kommt nicht mehr in Frage, da er ausdrücklich abgelehnt hat.

Keine weiteren deutschen Zahlungen im September. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Owen Young, erklärte anlässlich der Zahlung der zweiten deutschen Reparationsrate von 20 Millionen Goldmark amerikanischen Pressevertretern, daß Deutschland in diesem Monat keine weiteren Zahlungen zu leisten habe. Bekanntlich ist nach dem Londoner Abkommen im September eine Gesamtsumme von 83 Millionen Goldmark aufzubringen; da gleichzeitig die französisch-belgischen Regiezahlungen begonnen haben, so dürfte wahrscheinlich der Rest von den 83 Millionen durch diese Zahlungen noch im Laufe dieses Monats aufgebracht werden. Zwischen den Alliierten und Deutschland bestehen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten inbezug auf die Frage, ob alle Eingänge für September auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden sollen oder nur die Eingänge, die im Laufe des September gezahlt wurden.

Die Londoner Annexion gefährdet. Obwohl eine Verjüngung des französischen kommandierenden Generals in der Fala ergangen ist, nach der die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt werden sollen, ist mit einer restlosen Entlassung sämtlicher politischen Gefangenen für die nächste Zeit nicht zu rechnen, da über den Begriff politischer Gefangener zwischen der französischen Besatzungsmacht und den deutschen Stellen noch große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Man befürchtet, daß die Befreiung der politischen Gefangenen als Kompensationsobjekte benutzen wollte, um die sofortige Entlassung der in dem rechtsrheinischen Gebiet verurteilten Separatisten zu erzwingen.

Auslands-Rundschau.

Rücktritt des französischen Botschafters in Rom. Dem „Petit Parisien“ zufolge hat Barrère, der französische Botschafter in Rom, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er ist bereits seit mehr als 25 Jahren, nämlich seit dem 29. Dezember 1897, Vertreter Frankreichs in der italienischen Hauptstadt.

Der spanische Rückzug von Tetuan bedroht. Nach einem Bericht des „Petit Journal“ sind die von General Primo de Rivera unternommenen Versuche, Tetuan frei zu machen, und die Lauffluchtlinie zu bestreiten, nicht geächtet gewesen. Gegenwärtig hätten die Spanier die Stellungen, welche sie auf den Klüß beherrschenden Höhen inne gehabt hätten, geräumt. Auf der Straße nach Tetuan hätten sich die Kisten der Schlüsselstellung von Sub El Arba bemächtigt, sodaß die 8000 Mann starke Besatzung von Tetuan wahrscheinlich den Rückzug nach der Küste anzutreten versuchen müßte, bevor der Rückzug unmöglich würde.

Festnahme eines spanischen Ministers. Das spanische Direktorium hat den früheren Minister im Kabinett Maura Gallego verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Er wird der Militärbehörde zur Verfügung gestellt, weil er Gerüchte verbreitet haben soll, welche die militärische Disziplin beeinträchtigen. Nach den Blättern habe der Minister in einem Brief an Maura von unmoralischen Handlungen, die der Präsident des Direktoriums, Primo de Rivera, begangen haben soll, ge-

sprochen. Dieser Brief ist der Polizei in die Hände gefallen.

Macdonald als Großkapitalist. Die englischen Blätter veröffentlichen aufsehenerregende Mitteilungen über eine Kapitalbeteiligung Macdonalds an einer schottischen Zwibacksfabrik. Am 12. März d. J. wurde im Büro der Handelsgesellschaft in Edinburgh ein Dokument registriert, wonach Macdonald, Dominikstraße 10, Mitglied des Geheimen Rates, 30 000 Vorzugsaktien zu zwei Pfund per Stück erhalten habe, und zwar von der Firma Witte und Brieße Price, einer der größten Zwibacks- und Zwibacksfabriken des Landes, mit einem Kapital von über 1 Million Pfund. Darüber ist große Erregung entstanden. In der Wohnung des Premierministers hagelt es von Anfragen, und da keinerlei befriedigende Erklärung weder von seiten seiner Partei noch von seiten der Regierungsmänner zu erhalten war, ist ein Telegramm nach Schottland abgeschickt worden mit der Bitte um Aufklärung des Tatbestandes. Macdonald hat daraufhin der Presse eine Mitteilung zugehen lassen, in der er die Wichtigkeit der Kapitalbeteiligung an jener Fabrik in Schottland zugibt. Es wird aber gleichzeitig gesagt, daß das Kapital nicht sein eigenes sei, sondern daß er nur der technische Besitzer (!) der Aktien ist; auch habe das nichts mit der Politik zu tun (!). Der sozialdemokratische Arbeiterführer fungiert also hier als Großkapitalist. Eine erheitende Sensation, und, wie man sieht — ganz wie bei uns.

Turner-Erinnerungsfeier am Hermannsdenkmal.

Von Dr. Berger, Vorf. der Deutschen Turnerschaft. Am 16. August 1875 wurde das Hermannsdenkmal auf der Grotenburg im Teutoburger Walde eingeweiht, in Gegenwart Kaiser Wilhelms I., einer unübersehbaren Menge aus allen deutschen Ländern und unter tätiger Mitwirkung der Deutschen Turnerschaft. Erdacht und ausgeführt hat das Denkmal Ernst v. Wandel, geb. 1800, der sich in München zum Bildhauer ausgebildet hatte, dort, in Berlin und Hannover von den Fürstlichhaufern mit Aufträgen unterstützt lebte, bis er 1836 ins Lipperland zog. Dort begann er 1838 die Ausführung seines längst geheagten Planes, Armin, dem Befreier Deutschlands, ein Denkmal zu errichten, und ließ sich auch durch die ungünstigsten Zeiten und durch die Mäglichkeit der eingehenden Mittel nicht abhalten, aus eigener Kraft und mit Einsetzen seines ganzen Vermögens am Denkmal weiterzubauen.

„Schon sieht das Viebestal,
Doch wer die Statue bezahl,
Weiß nur Got im Himmel.“

Lang v. Schiffl, da brachte der siegreiche Krieg 1870-71 reichere Mittel und größere Gelüste mit sich, und es war Ernst von Wandel möglich, nach 37 Jahren sein Werk zu vollenden. „Es sollte so sein, mein Werk sollte erst dann fertig werden, wenn das größere Werk, zu dem es vorbereitet half, fertig wäre, um dann unserem Volke ein Ehrenzeichen und nicht ein seine Schwäche kennzeichnendes Wahrzeichen zu werden“, schrieb der Meister.

Vom 14.—22. August 1909 bequg man in Detmold in der Glanzzeit des Deutschen Kaiserreichs die neunzehnhundertjahrfeier der Schlacht am Teutoburger Walde. Bei der Hauptfeier am Hermannsdenkmal, Sonntag, den 15. August, hielt Prof. Hans Delbrück die Festrede, bei der Feier am 22. August, die das von Wegener geleitete Volkswortturnen des Kreises Sa (Westfalen und Lippe) beschloß, der Kreisvertreter Prof. Dr. Hans Nebelung. Beide Männer, Nebelung und Wegener, stehen noch heute an der Spitze ihres Kreises.

Der Glanz des Reiches ist verblichen, wieder stehen fremde Krieger auf heiligem deutschen Boden, aber unentwegt zeigt zum Himmel Hermanns Schwert mit der mahnenden Inschrift: „Deutsche Einigkeit meine Stärke — meine Stärke Deutschlands Macht.“

Da scheint es uns an der Zeit, zum 16. August 1925 wieder einmal das deutsche Volk um das Denkmal im herrlichen Lippsischen Lande zu scharen, ihm zu zeigen, daß es auch heute noch ein Ehrenzeichen ist, das uns beweist, wie in vergangenen Zeiten des Volkes Einigkeit das Land befreite und das Deutsche Reich schuf, daß es aber auch ein Wahrzeichen ist, die erbliche Schwäche unseres Volkes, die Uneinigkeit, zu überwinden, damit wir wieder stark und frei und geachtet werden unter den Völkern. So ruft die Deutsche Turnerschaft, der das Turnen Mittel zum Zweck ist, das deutsche Volkstum zu erhalten und zu stärken, in nächster Zeit verwandte Verbände auf, an ihrer Erinnerungsfeier teilzunehmen, und hat mit den städtischen Behörden von Detmold und der Lippsischen Staatsregierung bereits Fühlung genommen und jede Unterstützung zugesagt bekommen.

Der Vorstand der Deutschen Turnerschaft hat am 21. und 22. Juli in Detmold getagt und sowohl das Hermannsdenkmal und seine wunderbare Umgebung, als die Lebungs- und Kampflänge Detmolds eingehend geprüft, auch die Unterbringungsmöglichkeiten für die großen Mengen von Festgästen erwogen. Hunderttausende lassen sich weder am Denkmal noch in den Quartieren der Umgegend unterbringen. In der Hauptsache können also eingeladene Verbände nur Abordnungen entsenden. Aber Zehntausende sind unterzubringen und die Detmolder Übungsstätten gestatten ein einwandfreies größeres Turnen. So hat der Vorstand der Deutschen Turnerschaft zunächst beschlossen und den maßgebenden Stellen bekanntgegeben: Sonnabend, den 15. August 1925: Meisterschaftskämpfe der Deutschen Turnerschaft im Volksturnen. 15.—16. August und vorher Staffelläufe von den entferntesten deutschen Orten nach dem Hermannsdenkmal. Ankunft der letzten Läufer während der Festfeier am Denkmal.

Sonntag, den 16. August: Festzug von Detmold (und anderen benachbarten Orten) aus zum Hermannsdenkmal. Festfeier bestehend in Musik, Gesang, Festrede, Eintreffen der Staffelläufer und Verlesen der überbrachten Grüße und allgemeinen Schlußlied. Ueber die weitere Ausgestaltung der ganzen Erinnerungsfeier wird noch verhandelt. Der Staffellauf, der 50—80 000 Läufer und Läuferinnen beschäftigen wird, wird auch die entfernteste Gegend und den kleinsten Verein zur Teilnahme an der Feier heranziehen. Sache der Unterverbände ist es, allerorten im Lande an den Staffellauf örtliche Hermannsfeiern anzuschließen, um den Gedanken der Hauptfeier im ganzen Volke lebendig zu machen und zu vertiefen.

Die Pest.

Aus vergangenen schweren Zeiten. Es ist fessam, daß gerade in der Neuzeit, die durch ihre hygienischen Maßnahmen alles Mögliche zur Bekämpfung der Seuchen tut, die Pest immer wieder, wenn auch vereinzelt, auftritt, nachdem sie drei Jahrhunderte hindurch vollkommen vom

Erdboden verschwunden war. Das ist ein Beweis dafür, daß an eine völlige Ausrottung der Infektionskrankheiten in absehbarer Zeit nicht zu denken ist: denn wenn der Pestreger drei- hundert Jahre hindurch seine unheimliche Existenz im Verborgenen hat fristen können, ohne der Ausrottung zu verfallen, so kann die Hoffnung, die gefährlichsten Mikroben bereinst einmal durch radikale Vernichtung aller Infektionsherde zu beseitigen, nur gering sein.

Die erste historisch sicher beglaubigte Wanderung der Pest lenppest nach dem Abendlande begann im Jahre 542 nach Chr. Ein halbes Jahrhundert wütete damals die Seuche, die man mit dem Namen der Justinianischen Pest bezeichnete, in Europa und entvölkerte weite Striche des damals noch verhältnismäßig dünn besiedelten Erdteiles. Sie wütete am schlimmsten in den alten Kulturländern wie in Italien und Griechenland, und es gab Orte, die im Laufe der Jahre völlig ausstarben. Unendlich schrecklicher und verheerender jedoch war die Epidemie, die in der Mitte des 14. Jahrhunderts Europa heimsuchte, und die schlimmer wütete als der mörderische Krieg. Damals ging die Pest, wie festgestellt, ebenfalls von China aus, und kam mit den Nomadenhorben an den Bosporus und gleichzeitig durch den Seeverkehr nach Neaplen. Von diesen beiden Ausfallsturen aus drang die Seuche zunächst nach Ost- und Süd-, bald darauf auch nach Mittel- und Nordeuropa. Man schrieb das Jahr 1348, als die Pest, in Wesen und Erscheinung jener Generation völlig unbekannt, über das Abendland hereinbrach. Wie wieder hat eine Epidemie in verhältnismäßig kurzer Zeit so ungeheure Verwüstungen angerichtet, wie die mit dem Namen „Der schwarze Tod“ bezeichnete Krankheit. In den Jahren von 1348 bis 1350 starben in Europa gering gerechnet 25 Millionen Menschen an der Pest. Die beiden größten Städte des Mittelalters, London und Venedig, verloren jede mehr als hunderttausend Einwohner. Die Stadt München starb fast völlig aus; denn sie verlor rund fünfzigtausend Seelen. Die enge, unkluge Bauart der mittelalterlichen Städte und ihre Unreinlichkeit war der beste Nährboden für die Verbreitung der Pest, die bis zum 17. Jahrhundert noch mehrfach Europa überfiel, wenn sie auch nie wieder die ganze Furchbarkeit wie zur Zeit des schwarzen Todes erreichte.

Erst in der Neuzeit erschien das unheimliche Gespenst von neuem vor den Toren Europas. Im Jahre 1879 überschritt die Krankheit den Kaukasus und trat im Gouvernement Astrachan auf. Dann erlosch glücklicherweise die Seuche wieder, erschien aber um das Jahr 1890 von neuem. Durch den internationalen Seeverkehr wurde die Pest 1896 nach Indien verschleppt, wo sie ungefähr 3 Millionen Opfer forderte. Im November 1905 trat die Pest in Persien auf. Die Pestepidemien in mohammedanischen Ländern sind deshalb von besonderer Gefährlichkeit, weil durch die Wallfahrten der gläubigen Muselmanen der Krankheitsstoff leicht nach den Häfen der Levante und damit gleich auf drei Erdteile überspringen kann. Die letzte große Epidemie hat im Winter 1910 bis 1911 in der Mandchurei gewütet, wo sie in der Form der Lungenpest eine ungeheure Zahl von Opfern gefordert hat.

Stadt. Kreis. Provinz.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten in Goldpfennigen: Butter 180—200, Schweinefleisch 60—120, Rindfleisch 90—120, Hammelfleisch 90—100, Kalbsfleisch 80—120, Ränderfleisch 40—50, Hühner 35, Gans 80, Zwiebeln 30, Abgarber 10, Mohrrüben 15, Wurmentohl 40, Weißtohl 10, Rotttohl 25, Wirsingtohl 15, Gurken 40, Bohnen 25, Kobltrabi 10, Tomaten 40, Pfäulmen 30, Gierpfäulmen 20, Aepfel 30—50, Birnen 20—40, das Pfund. Pse fferlinge 15 das Liter, Eier 12 das Stück.

Ein nationaler Gedenk- und Feiertag ist der morgige Sonntag, an dem der Kreistriererverband eine Tannenherzfeier, der Verein ehemaliger Leibhusaren eine Ständeleiweibe begeht und auf dem Schraderplatz eine Kolonial-Gedächtnisfeier aus dem Varziner Gutsparte gepflanzt wird. Zu diesem dreifachen Festtage werden nicht nur die Kriegervereine aus dem ganzen Kreise in Stolp anwesend sein, sondern auch sehr viele nationale Bürger aus der näheren und weiteren Umgebung in Stolp weilen. Deshalb ist Ehrenpflicht der Stolper Hausbesitzer, der Stadt auch rein äußerlich durch reichen Flaggenschmuck ein würdiges Aussehen zu geben. Die Parole muß darum für morgen lauten: Fahnen heraus!

Stadttheater. Auf die morgen, Sonntagnachmittag, stattfindende letzte Aufführung des Koldieb und des zerbrochenen Kruges mit Jürgen Wegener als Gast sei nochmals hingewiesen. Die Vorstellung ist zu halben Preisen auf allen Plätzen, worauf insbesondere Schülerinnen und Schüler hingewiesen sind. Abends bleibt das Theater geschlossen. Montag und Dienstag sind die letzten Wiederholungen der erfolgreichen Operette „Des Königs Nachbarin“, in welchem der neu verpflichtete Tenor des Theaters, Max Schmidt, die Partie des Müllers singt.

Gestohlen wurde aus einem unverschlossenen Hofe ein zweirädriger, angeführer, Handwagen, bestehend aus Unterastell und 2 losen Seitenbrettern.

Zeuge gesucht. Der Herr, der bei dem Transport des in der Kl. Austerstraße von Reichswehrsoldaten geschlagenen Tischlers vom Tatort bis zur Polizeiwache behilflich gewesen, jedoch sich ohne Angabe seines Namens entfernt hat, wolle sich umgehend im Interesse des Verletzten bei der Kriminalpolizei melden.

Körlin (Persante). Bei Dachdeckerarbeiten auf dem Gute Buserin kam der Dachdeckerlehrling Bengke der Staffromleitung zu nahe und wurde, obgleich alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen waren, auf bisher unaufgeklärte Weise von einem elektrischen Schläge so schwer getroffen, daß der Tod sofort eintrat.

Belgard. Hier ist ein Automobil schwer verunglückt. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, handelt es sich um einen Protoswagen, der nicht zur Reichswehr zählte. Der Wagen wurde von einem unkundigen Chauffeur aus Belgard geführt. Zwei Insassen sollen tot, eine dritte Person schwer verunglückt sein.

Pflegen Sie Ihre und Ihrer Kinder Zähne nach fachärztlicher Vorschrift mit Dr. Bahr's Zahnpulver „Nr. 23“ Es ist zahnteilnend, tötet Krankheitskeime und erhält zeitlebens gesunde schneeweiße Zähne! Schloss-Apotheke, Bach, Drogerie, Bahnhof-Drogerie, Lilien-Drogerie.

Sittow. Verhaftet wurden der Schornsteinfegergeselle Erwin Koft und der Kaufmann Kurt Böhm aus Berlin. Beide haben sich im hiesigen Kreise der Kurpfuscherei schuldig gemacht, wobei K. als Doktor aufgetreten sein soll. Angeblich konnten auf noch andere Straftaten in Frage.

Senftenhagen. Die Nachsaison neigt ihrem Ende entgegen. Die Zahlen der Besucher in den Bädern der Umgegend haben die Gesamtziffer des Vorjahres bereits überholt; Bauernhufen mit 50 Prozent, Sorenbohm mit etwa 20 Prozent. Senftenhagen hatte 2269, Sorenbohm 926, Bauernhufen 600, Groß-Mölln 1011 Badegäste (ohne Passanten).

Falkenburg. Dem Kottenarbeiter Manthey aus Zühlshagen wurde vor dem Gasthause sein Fahrrad gestohlen. Als Dieb wurde ein gewisser Ködler in Birchow festgenommen und in das Spritzenhaus eingesperrt. Das Rad konnte Manthey wieder ausgehändigt werden. Ferner fand man bei Ködler eine Aktentasche mit Geschäftspapieren eines Reisenden Rehberg aus Stettin. Vermutlich sind diese Sachen ebenfalls gestohlen. Als Ködler dem Gerichtsgefängnis Falkenburg zugeführt werden sollte, war der Vogel ausgeflogen. Er hatte mit einem 5 Kilogramm-Gewichtstück einen Teil der Wand des Spritzenhauses herausgeschlagen.

Greifenhagen. Vor wenigen Tagen wurde an der Bahner Chaussee die 12jährige Tochter des Arbeiters Bradow von einem Radler überfahren und zu Boden gerissen. Stark blutend wurde sie aufgehoben. Ihr Zustand verschlechterte sich derart, daß ihre Ueberführung nach Stettin in ein Krankenhaus erfolgen mußte. Dort ist sie nach schwerem Leiden gestorben. Die Auto- und Radlerrajerei nimmt derart überhand, daß ein polizeiliches Einschreiten sehr am Platze wäre.

Stettin, 12. September. Heute erschien in den Vormittagsstunden in der A.-G. der Chem. Produktfabrik Pommernsdorf eine Kommission, bestehend aus einem Chemiker, 2 Franzosen, einem Engländer, einem deutschen Offizier und einem Kriminalbeamten, welche um eine Kontrollbesichtigung des Fabrikbetriebes ersuchte, die ihr gewährt wurde. Wie verlautet, soll sich die Kontrolle lediglich auf eine etwaige unerlaubte Erzeugung von chemischen Kriegsmitteln bezogen haben. Nach einem etwa dreiviertelstündigen Kontrollgang durch die Fabrikobjekte entfernte sich die Kommission, zu deren Schutze (!) einige Schutzpolizeibeamte in Zivil und Uniform sich in unauffälliger Weise vor den Fabrikeingängen postiert hatten.

Pasewalk. Neben der Chaussee zwischen Pasewalk und Prenzlau hinter dem Dorfe Kollwitz fand man am Donnerstag früh den Kornhändler Beide aus Pasewalk ermordet in einem Kleeefeld. B. soll am Vorabend von Prenzlau abgefahren und eine Aktentasche bei sich gehabt haben. Die gefundene Aktentasche war leer. Es handelt sich anscheinend um zwei Mörder, wie aus den Spuren zu ersehen ist. Beide soll noch in Klügge-Schmasow 3000 Mark bezahlt haben, sodas den Mördern nicht viel in die Hände gefallen sein dürfte.

Greifswald. Zwei Zuchthäusler, der Bergmann Joseph Böhmer und der Händler Erich Sinner, die zur Behandlung in der hiesigen Augenklinik untergebracht waren, benutzten einen günstigen Augenblick, um unter Mitnahme verschiedener Kleidungsstücke die Freiheit wieder zu erlangen. Sinner hat noch ein Jahr und Böhmer noch acht Jahre abzusitzen.

Raugard. Zu dem Eisenbahnunfall teilt die Reichsbahndirektion Stettin mit: Es ist zutreffend, daß am 4. September auf Bahnhof Raugard eine Rangierlokomotive infolge Versagens des Reglers auf einen auf Gleis 1 stehenden Gefangenen-Transportwagen aufzufuhr. Hierbei wurden jedoch nicht dreizehn, sondern nur drei Gefangene leicht verletzt, wovon einer eine Gehirnerschütterung und die beiden anderen einen Nervenschock erlitten.

Standesamt.

Sterbefälle vom 6. bis 12. September.

Eisenbahnarbeiter Karl Völkner, 54 J.; Sohn Siegfried des Hofbesizers Jutzrenski aus Groß-Siltow, 1 J.; Kontoristin Gerda Pleste, 27 J.; Lokomotivführer i. R. Georg Morgenstern, 57 J.; Lehrervitwe Berta Kunde geb. Wiedenhöft, 83 J.; Witwe Karoline Heyden geb. Hüßle, 79 J.; Ehefrau des Arbeiters Schübel, Marie geb. Hilbrandt aus Rißow, 57 J.; Ehefrau des Maurerpoliers Glente, Mathilde geb. Wöhler, 56 J.; Arbeiter Friedrich Saad, 52 J.; Witwe Albertine Bunz geb. Ruhnow, 80 J.; Tochter Gerda des Arbeiters Mische, 5 Mt.; Arbeiter Albert Gebirge, 17 J.; Händler Erich Jaffe, 24 J.

Letzte Meldungen.

Um die Freihafenzonen in Hamburg und Stettin. Prag, 12. September. Bekanntlich erhebt die tschechoslowakische Regierung Anspruch auf Freihafenzonen in Hamburg und Stettin auf Grund des Friedensvertrages. Die Prager Regierung wünscht nun die Errichtung dieser Zonen raschestens durchzuführen und hat daher der deutschen Regierung ein Memorandum überreicht, worin die Regelung der Freihafenfrage auf dem Wege eines gegenseitigen Uebereinkommens vorgeschlagen wird. Dieser Tage sind in Prag Bevollmächtigte der deutschen Schifffahrtsgesellschaften eingetroffen unter deren Beteiligung die Zonenfrage gelöst werden soll.

Ein antisozialistisches Attentat in Rom. Rom, 12. September. Heute vormittag gab der Arbeiter Jan Corvi auf den faschistischen Abgeordneten und stellvertr. Generalsekretär Casalini, in der Straßenbahn vier Revolverkugeln ab, von denen zwei den Deputierten am Kopfe schwer verletzten. Der Angreifer wurde verhaftet und erklärte, er sei Kommunist und habe für die Ermordung Matteottis, dessen Photographie er bei sich führte, Rache nehmen wollen. Casalini ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Der Aufstand im Kaukasus. Paris, 12. September. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel hat die ausländische Bewegung im Kaukasus einen großen Umfang angenommen. Mehrere blutige Kämpfe, in denen die Bolschewisten Niederlagen erlitten hätten, hätten stattgefunden. Die Ausständischen hätten Tiflis und Kutais besetzt. Die Bolschewisten organisierten in aller Eile die Verteidigung von Batum, das von den Ausständischen bedroht ist.

Handelsnachrichten.

Mittagsbörse (Amtlich) Getreide und Oelarten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen* Märk. 223-234, Mitteldeutscher — Roggen Märk. 195-200, Westpr. —, Pomm. —, Sommergerste 212-240, Futtergerste 195-205, Hafer Märk. 178-186.

Weizenmehl 32,00-34,50. Roggenmehl 28,50-30,50 | Weizenklein 14,50, Roggenklein 12,80. Raps 335-340. Weimjaat 440-445. Viktoria-Erbfen 32-35, fl. Speiseerbsen 22-26, Futtererbsen 19-20. Peluschen 17-18, Ackerbohnen 16-17. Wicken 16-17, Lupiner blaue 12,50-13, gelbe 14-17. Serabella 13,50-14,00. Rapsstüch 14,50. Weinkuchen 24-25, Trockenstängel 13,20-13,30. Zuckerschmelz 22-24. Torfmelasse Mischung 30-70 9,00. Kartoffelstodern 19,50.

Heu und Stroh (Amtlich) Erzeugerpreise je 50 Stilo ab märkischer Station für den Berliner Markt in Goldmark, Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh (Quadratballen) 1,00-1,20; desgleichen Haferstroh 0,90-1,00 desal. Gerstenstroh 0,90-1,00, Roggenlangstroh mit Stroh gebündelt) und bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh verschieden, je nach Frachtlage, Häcksel 1,10-1,30, handelsübli. Heu, gesund und trocken, nicht über 30 Prozent mit minderwertigen Gräsern, 1,90-2,10; aures Heu, desgleichen nicht über 10 Prozent Weiz 2,60-2,80; Weizheu lose —, —, Kleeheu lose 3,60-4,00.

Berliner Butternotierung.

Berlin, 12. September 1924. 1. Qualität 1,75, 2. Qualität 1,50, abfallend 1,20 Goldmark.

Tendenz: ruhig.

Stettiner Getreidenotierungen am 12. September. Roggen inf. 198, Weizen inf. 228, Hafer 180, Gerste 210-240. Tendenz: stramm.

Bank

für Haus- und Grundbesitz

im Regierungsbezirk Köslin
e. G. m. b. H. zu Stolp

Die Immobilien-Abteilung der Bank,
Stolp, Bahnhofstraße 53
übernimmt die Vermittlung für:

- den An- u. Verkauf von städtischem und ländlichem Haus- u. Grundbesitz, Villen, Fabriken, Bungalowen, Hypotheken und Bauzuschüssen,
- die Mietung und Vermietung von Geschäftsräumen und Wohnungen (Ringverkehr) Hausverwaltungen.
- Gutachten und Taxen durch vereidigte Sachverständige.
- Kostenlose Rat- und Auskunftserteilung in allen Grundstücksfragen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Am Mittwoch, den 17. September d. J. keine Sitzung.
Stolp, den 13. September 1924.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

gez. Dr. Schmidt.

Bekanntmachung.

Wahl der Elternbeiräte.

Zum Wahlvorsteher für die Wahl der Elternbeiräte an der IV. Gemeinderschule ist Herr Wilhelm Lenke, hier Hochstraße 17 gewählt worden.

Sämtliche Wahlvor schläge sind bis spätestens 18. September 1924 dem Wahlvorstand z. Hd. des Wahlvorstehers einzureichen.

Stolp, den 13. September 1924.

Der Wahlvorstand.

Die Gebühren für Benutzung der Schulräume durch Vereine usw. sind vom 16. d. Mts. erhöht worden. Die erhöhten Gebühren sind jederzeit in unserem Stadtssekretariat, Zimmer 21, zu erfragen.

Stolp, den 12. September 1924.

Der Magistrat.

Betrifft: Wandergewerbescheine.

Wandergewerbescheine A.

Diejenigen Personen in hiesiger Stadt, welche das von ihnen bisher betriebene Wandergewerbe als Straßenmusikanten (Musikgesellschaften oder einzelne Musiker), Schaustellungen oder sonstige Luftbarkeiten im nächsten Jahre fortsetzen wollen, müssen ihre Anträge spätestens bis Ende Oktober dieses Jahres bei der unterzeichneten Polizeiverwaltung — Rathaus Zimmer 36 — anbringen, widrigenfalls sie auf Erneuerung der Wandergewerbescheine nicht rechnen können. Ein vorchriftsmäßiges Lichtbild, der alte Wandergewerbeschein und das Straßensteuerheft sind mitzubringen.

Wandergewerbescheine B.

Diejenigen Personen in hiesiger Stadt, welche das von ihnen bisher betriebene Wandergewerbe im nächsten Jahre fortsetzen oder ein Wandergewerbe neu beginnen wollen, müssen ihre Anträge bis spätestens Ende November dieses Jahres bei der unterzeichneten Polizeiverwaltung — Rathaus Zimmer 36 — anbringen, widrigenfalls sie sich selbst anzuschreiben haben, wenn ihnen der Wandergewerbe- und Gewerbeschein für das Kalenderjahr 1925 erst nach Beginn des nächsten Jahres ausgestellt wird. Ein vorchriftsmäßiges Lichtbild aus neuester Zeit, der alte Wandergewerbeschein und das Straßensteuerheft sind mitzubringen.

Stolp, den 11. September 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Der Oberbürgermeister.

Ferdinand Görs

Stolp * Neutorstrasse Nr. 20

Pelze

Täglicher Eingang aparter Neuheiten in Pelzjacken, Pelzmänteln, pelzgefütterten Mänteln. Grosses Lager in echten Weiss-, Zobel-, Alaska, Slate- und Kreuzfüchsen. Pelzkragen in echt Skunks, Skunks-, amerikan.- und austral. Opossum-Pelz-Hüte und -Kappen. Herren Sport- und Geh-Pelze.

Damenkonfektion

Meine Läger sind reich sortiert und bieten sowohl für den verwöhntesten wie gediegensten Geschmack etwas passendes. :: Entzückende Neuheiten in pelzbesetzten Kostümen und Mänteln. :: Kinder- und Backfisch-Konfektion ::

Beachten Sie bitte meine Fensterauslagen!

Spezialhaus für Damenkonfektion und Pelze

Telephon 935



Sonntag
den 14. September
von 3—6 Uhr
Modell - Ausstellung



Im Erdgeschoss: Elegante Damenwäsche und Spitzen

I. Stock: Ausstellung der neuesten Damenmoden
Kleider- und Seidenstoffe

II. Stock: Ausstellung mod. Innen-Einrichtungen
Herren-Moden, -Schuhwaren

Gustav Zeeck, Stolp

Stadttheater

Dir. H. Schneider
Telefon 419.
Sonntagnachmittag 1/2 4 Uhr
Halbe Preise
Der Rofdieb
Der zerbrochene Krug
mit Jürgen Wegner a. Gast
Abends geschlossen.

Montag und Dienstag
letzte Aufführungen
Des Königs Nachbarin

Zwangsversteigerung.

Am Dienstag, den 16.
September d. Js., vorm. 9
Uhr werde ich in **Missow**
b. **Gamenz**
2 Futterschweine,
um 10 Uhr in **Friederitenhöhe**
2 Pferde, 1 Sterke,
3 Schafe, 2 Schweine
öffentlich meistbietend gegen
sofortige Barzahlung ver-
steigern.
Stolp, den 13. Sept. 1924.
Hajeney,
Gerichtsvollzieher in Stolp
Küsterstraße 37 I.

Zwangsversteigerung.

Am Mittwoch, den 17.
September 1924, vormittags
11 Uhr werde ich in **Alt-**
Damerow
1 Spind, 1 Drillmaschine,
1 Schäpflug:
alsdann um 12 Uhr
ca. **6 Morgen Kartoffeln.**
Versammlung der Käufer
3/4 10 Uhr vorher im Gast-
hofs in **Altdamerow** bezw.
3/4 12 Uhr im Spitzkrug.
öffentlich meistbietend gegen
sofortige Barzahlung ver-
steigern.
Stolp, den 13. Septbr. 1924.
Hajeney,
Gerichtsvollzieher.

Hypotheken

an städtischen,
ländlichen u. industri-
ellen Grundbesitz
sowie
Darlehen
und
Betriebskapital
gegen jede Art von wirklichen
Sicherheiten schnellstens und
zuverlässigst zu zeitgemäß
günstigen Bedingungen

**Vereinigung Deutscher
Privatkapitalisten**
Berlin W 612 Kürfürstendamm 14/15

**Bautechnisch
geschulter Fachmann**

am hiesigen Platze, der bei Baugeschäften,
Architekten, Baubehörden usw. sehr gut einge-
führt ist, von größerem industriellen Wert als
Vertreter gesucht. Es kommt nur eine erste,
arbeitsfreudige Kraft, die Erfolge auf ähnlichen
Gebieten nachweisen kann und über gute Be-
ziehungen verfügt, in Frage. Geeignete Herren
wollen gefl. Angebot, Lebenslauf, Referenzen
und Lichtbild umgehend einsenden unter Chiffre
W. 205 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kinderfest der Frauenhilfe

im Schützenhaus
Sonnabend, den 20. September 1924
von 1/2 3—1/2 7 Uhr.
Eintrittspreis 50 Pfennig.
(Der Vorstand der Frauenhilfe bittet um Beiträge
aller Art.)

Für's Land

Schaft- u. Knopfstiefel eigener
in bekannter Güte billigst Fabrikation
Carl Albrecht, Schuhfabrik, gegr. 1871.
Fernsprecher 920. Stolp i. Pom. Goldstraße 21.

Reparaturen

an
landwirtschaftl. Maschinen

wie auch industr. Maschinen-Anlagen
prompt, preiswert und sachgemäß

ADOLF KRAUSE & CO.

G. m. b. H.
Maschinenfabriken u. Eisengießerei
Gr. Auerstr. **Stolp** Fernspr.
3/4 Nr. 345.
— Köslin, Bärwalde, Schloppe, Thorn. —

**Waschtisch-,
Nachtisch- und Ladentischplatten**
aus bestem weißen Marmor
fertigt die
Grabmalfabrik mit Maschinenbetrieb
Adolf Peglow.

Metallbetten
Stahlmatrizen, Kinderbetten
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)



**Sorgt für die Erhaltung
der städtischen Volkstüche**

durch Geldspenden bei den Banken und
Kassen und durch Liebesgaben, die in der
Volkstüche wochentags von 9 Uhr vor-
mittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen-
genommen werden.

Die städt. Volkstüche
Reitbahn, Fernruf 1009.